

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

57. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pfl., monatlich 22 Pfl., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 1. November 1919

Anzeigenpreis: Verlags-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pfl. die fünfspaltige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamengänge 60 Pfl. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 127

Internationale Arbeiterkongresse

I.

Seit dem Friedensvertrage von Versailles mit seinen das deutsche Volk aus schwerer bedrückenden Bedingungen erblinden viele Arbeiter — ob mit Recht oder Unrecht, das muß erst die Zukunft lehren — in der Internationale den besten Hoffungsstern. Während man sich in der politischen Partei noch darüber streitet, ob in der zweiten oder dritten Internationale das wahre Heil liegt, ob der Weg dazu über Genf oder über Moskau führt, sind die Aussichten der gewerkschaftlichen Internationale und ihr tatsächlicher Zustand heute bereits um vieles günstiger als in der politischen. Eine ganze Reihe von internationalen Kongressen und Konferenzen hat im letzten Halbjahre stattgefunden, über deren wichtigste hier rückblickend berichtet werden soll. Verschiedene Angelegenheiten dringenderer Art, die unser eigenes Organisationsleben direkt berühren, stehen uns bisher nicht zur Behandlung dieser in vieler Beziehung interessanter Materie kommen.

Allgemeines

Die erste internationale Gewerkschaftskonferenz nach dem Krieg in Bern vom 5. bis 9. Februar d. J., über die wir in Nr. 23 ausführlich berichteten, war keine ordnungsgemäße Tagung des internationalen Gewerkschaftsbundes. Die an ihr teilnehmenden Vertreter waren mit Ausnahme der Schweizer, Franzosen und Italiener auf der internationalen Sozialistenkonferenz anwesend und waren beauftragt, an der internationalen Gewerkschaftskonferenz teilzunehmen, soweit diese nicht Organisationsfragen des internationalen Gewerkschaftsbundes zum Gegenstand ihrer Beratungen machte. Dementsprechend wurde in der ersten Sitzung der Berner Gewerkschaftskonferenz der Vorschlag der Franzosen, die Frage der Silberlegung des Gewerkschaftsbundes zu beraten, abgelehnt. Die Silberlegungsfrage hat selber auf Anregung von französischer Seite in verschiedenen Gewerkschaftsinternationales eine Rolle gespielt. Auf dem internationalen Buchdruckerkongress wurde die Frage bekanntlich in aller Ruhe dahin entschieden, daß der Sitz des internationalen Sekretariats auf Antrag der Franzosen und Holländer von Deutschland (Stuttgart) aus praktischen Gründen nach der Schweiz (Bern) zurückverlegt wird. Auf der vierten internationalen Bauarbeiterkonferenz, die vom 6. bis 8. Oktober in Amsterdam tagte, kam es bei den Verhandlungen über den Sitz und die Wahl der Leitung der Internationale zu einem Mißlingen. Die Franzosen erklärten sich dort mit großer Schärfe gegen die Befassung des Sitzes in Deutschland und forderten die Verlegung des internationalen Bauarbeiterbureaus nach Belgien. Bei der Abstimmung ergab sich jedoch eine Mehrheit für Deutschland, worauf der französische Delegierte erklärte, daß die Franzosen jede Verantwortung für das, was aus der Ablehnung des französischen Antrags auf Verlegung des Sitzes der Internationale folgen werde, ablehnen müßten. An der Geschäftsführung und Bureauarbeit werden sich die französischen Bauarbeiter, die das Recht zur Einsetzung von zwei Vertretern in das internationale Bureau haben, gleichfalls nicht beteiligen. Jeder, der das namenlose Elend gesehen, in das der Krieg die französische und belgische Bevölkerung geführt hat, wird es ermaßen können, welcher menschlichen Überwindung es für Franzosen und Belgier bedarf, um alle Mißsetzen zu vergessen. Abschließlich kann doch nur wachendes Begreifen der Solidarität unter den Arbeitern aller Völker und Nationen dazu beitragen, daß ihnen kürzerer oder längerer Zeit nicht abermals ein so schweres Unglück über die Menschheit hereinbricht, lediglich um die Macht- oder Geldgier einzelner zu befriedigen!

Swedisch schleuniger Herbeiführung einer neuen internationalen Gewerkschaftskonferenz, in der über die Wiedererrichtung einer aktionsfähigen Internationale beraten und eine Einigung mit den französischen und belgischen

Delegierten erreicht werden könnte, wurde von der Berner Konferenz eine besondere Kommission eingeleht. Das Ergebnis der Kommissionsberatungen wurde in einer Resolution niedergelegt, in der erklärt wurde, daß der Bestand einer starken internationalen Gewerkschaftsbewegung eine der wichtigsten Voraussetzungen für den sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse aller Länder sei, und daß daher für die rascheste endgültige Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Internationale eingetreten werden müsse. Die Berner Konferenz forderte deshalb die in Amsterdam befindliche Zweigstelle des internationalen Gewerkschaftsbundes im Einvernehmen mit den dem Bund angehörenden Landeszentralen und der Korrespondenzstelle der Gewerkschaften aus den Weststaaten in Paris auf, schleunigst eine weitere internationale Gewerkschaftskonferenz einzuberufen mit der Aufgabe, die Geschlossenheit der Gewerkschaftsinternationale wiederherzustellen.

Internationaler Gewerkschaftskongress in Amsterdam

In Verfolg der von Bern ausgegangenen Bestrebungen trafen am 26. Juli, Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen von Amerika, Belgien, Dänemark, Deutschland, England, Frankreich, Holland, Österreich, Norwegen, Schweden, Schweiz und Spanien zu einer internationalen Tagung in Amsterdam zusammen. Die Ungarn erhielten die Einladung zu dem Kongress nicht und erfuhren von seinem Stattfinden erst durch die Presse, als es zur Reise zu spät war. Den italienischen Vertretern wurde vom französischen Konsulat das Passivum zur Durchreise durch Frankreich vorenthalten, weshalb sie gezwungenermaßen dem Amsterdamer Kongress fernblieben. Insgesamt waren 91 Delegierte erschienen, die 17 1/2 Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter in 14 Ländern vertraten. Die starke Teilnahme an dem ersten Weltkongress der Gewerkschaften nach dem Kriege ließ das allseitige Interesse erkennen, das ihm entgegengebracht wurde.

Daß diese erste Zusammenkunft von Arbeitervertretern aus den verschiedenen, bis vor kurzem im Kriegszustande gewesenen Staaten nicht vorübergehen würde, ohne gegenseitige Vorhaltungen und Bormühen wegen der zum Krieg eingenommenen Stellungnahme, war unklar vorauszusehen. Der belgische Vertreter schilderte den Neutralitätsbruch und seine Folgen, die Grausamkeiten gegen die belgische Bevölkerung, die Vernichtung der belgischen Industrie durch Fortführung von Rohstoffen und Maschinen, die Deportation der belgischen Arbeiter nach Deutschland, und verlangte — unterstützt von Franzosen, Engländern und Amerikanern —, daß die deutschen Gewerkschaften sich als mitschuldig an diesen Verbrechen bekennen und ihr Bedauern darüber aussprechen sollten. Der deutsche Vertreter entgegnete, daß die Klagen über den Neutralitätsbruch und die gegen die belgische Bevölkerung verübten Grausamkeiten durchaus berechtigt seien. Diese Handlungen seien von den Gewerkschaften Deutschlands nicht weniger scharf verurteilt als von denen irgendeines andern Landes. Ein öffentlicher Protest wäre ohne Wirkung bei der damals allmächtigen deutschen Heeresverwaltung geblieben. Dagegen hätten die gewerkschaftlichen Organisationen alles getan, um die Leiden der belgischen Bevölkerung zu mildern. An Protesten, insbesondere in den Kommissionen des Reichstags, habe es nicht gefehlt. Besonders aber hätten die Gewerkschaften sich gegen die Deportationen der belgischen Arbeiter, die als die schändlichste Tat zu bezeichnen sind, gewandt. Die Verhinderung wäre ihnen auch gelungen, jedoch sei später der strikte Befehl aus dem Großen Hauptquartier gekommen, daß die Überführung der arbeitslosen belgischen Arbeiter nach Deutschland zu erfolgen habe. Die Gewerkschaften besäßen nicht die Kraft, diesen Befehl rückgängig zu machen, hätten dann aber alles getan, um das Los der belgischen Arbeiter in Deutschland zu mildern und ihre Rückkehr in die Heimat herbeizuführen. Daß sie dabei Erfolge hatten, beweiße die umfangreiche Korrespondenz mit belgischen Deportierten und ihren Familien. Wie gerechtfertigt es war seitens der Arbeiterklasse, nicht auf die Landesverteidigung zu verzichten, beweiße gerade der Friedensver-

trag von Versailles mit seinen beispiellosen Härten gegen das deutsche Volk. Im übrigen fragte Regien, wo die Proteste der Entenengewerkschaften geblieben seien gegen die Hungerblockade, die deutsche Frauen, Kinder und Greise zugrunde gerichtet habe. Im Verlaufe der weiteren Diskussion über die „Schuld am Kriege“ hatte es mehr als einmal den Anschein, als ob der Kongress ergebnislos auseinandergehen werde. Eine zur Frage der „Schuld am Kriege“ ohne Verständigung mit seinen noch nicht anwesenden Mitdelegierten von Sassenbach abgegebene Erklärung wurde nachträglich von den übrigen deutschen Vertretern nicht gebilligt. Nicht der Glaube an die Unschuld der deutschen Regierung am Kriegsausbruch, sondern die tatsächlich eingetretene Bedrohung des deutschen Volkes sei für die Arbeiterklasse entscheidend gewesen. In diesem Sinne war die später in der Hauptkonferenz abgegebene Erklärung der Verbandsvorstehen der Berg-, Holz-, Bau-, Fabrika-, Transport-, Metall- und Textilarbeiter sowie der Buchdrucker gehalten.

Die politische Debatte äherte später ihre Nachwirkung bei der Wahl des Vorsitzenden der neuen Gewerkschaftsinternationale resp. bei der Silberlegung des internationalen Gewerkschaftsbundes aus Deutschland. Der Umstand, daß der von deutscher Seite erstellte Tätigkeitsbericht ohne Debatte vom Kongress aufgegeben wurde, zeigte deutlich, wie wenig sachliche Gründe für die Verlegung von Berlin nach Amsterdam maßgebend waren. Wesenungeachtet wurde diese beschlossen. Auch für die Wahl des Bundesvorstandes gaben nicht sachliche Gründe den Ausschlag, sondern gewisse Strömungen in den Entenstaaten. Obwohl der Deutsche Gewerkschaftsbund mit damals 5 1/2 Millionen Mitgliedern die stärkste und sicherlich auf international gesinnung gewerkschaftliche Landeszentrale der Internationale ist, wurde der erste Präsident nicht der deutschen, sondern der englischen Vertretung entnommen. Die Abstimmung erfolgte nicht nach der Zahl der Delegierten, sondern nach der der Mitglieder der einzelnen Landeszentralen; und zwar wurde jeder Delegation für die erste angefangene Viertelmillion Mitglieder eine Stimme, für die nächste eine zweite und für jede weitere angefangene Halbmillion Mitglieder eine weitere Stimme eingeräumt. Gewählt wurde als Präsident der Engländer Appleton mit 31 gegen 18 Stimmen, wofür letztere auf Duodezest (Holland) fielen, der von der deutschen und der skandinavischen Gruppe vorgeschlagen worden war. Auch das Mandat des ersten Stellvertreters wurde den Deutschen — verweigert und dem Franzosen Foubert mit 30 Stimmen übertragen, gegen 19, die Regien erhielt. Unter solchen Umständen lehnten die Deutschen die Übernahme des ihnen angetragenen Amtes des zweiten Stellvertreters ab. Zunächst war dafür Regien und später Sassenbach vorgesehene. Beide lehnten indes ab. Dann wurde das Mandat dem Österreicher Hueber angetragen, der es jedoch mit der Bemerkung: „Wir leiden zusammen und bleiben zusammen“, ebenfalls ablehnte. Schließlich wurde Mertens (Belgien) mit 28 Stimmen bei 18 Stimmenthaltungen zum zweiten Stellvertreter gewählt. Die Stellen des Sekretärs, Kassierers und Redakteurs wurden den Holländern Dudgeest und Timmen übertragen, die nacheinander die drei Vorsitzenden die Leitung des internationalen Gewerkschaftsbundes bilden. Weiter gehören dazu noch zehn Vertreter von Gruppen aus den einzelnen Landeszentralen. Die Gruppe 6 (Deutschland und Deutschösterreich) bezieht sich die Bestimmung ihres Vertreters vor bis nach erfolgter Rücksprache mit den Vorsitzenden der deutschen Organisationen.

Bei der Festsetzung des Bundesbeitrags waren von der Kommission 4 Pfl. pro Mitglied und Jahr in Vorschlag gebracht worden. Es wurde jedoch auf Antrag der englischen Delegation beschlossen, für je 1000 Mitglieder zwölf holländische Gulden (nach dem Vorkriegskurs berechnet) als Beitrag zu erheben.

Machten sich bei den Beschlüssen geschäftlicher Natur auf dem Amsterdamer Gewerkschaftskongress gewisse Ausflüsse des Entenfeleges auf die Arbeiterbewegung bemerkbar, so zeigte der Kongress bei der Erledigung seiner

eigenlichen Aufgaben keinerlei Begehrtheit, sich einseitig auf die Ententepolitik festzulegen zu lassen. Wir haben hier vor allem jene Beschlüsse im Auge, die die Stellung der Gewerkschaften gegenüber den kapitalistischen Klassen in den einzelnen Staaten festlegen und die Richtlinien bestimmen, nach denen sich in Zukunft der internationale Kampf der Gewerkschaften um die Rechte der Arbeiterklasse vollziehen wird. Die Besorgnis, daß auch auf diesem wichtigsten gewerkschaftlichen Tätigkeitsgebiete von einem Teile des Kongresses den chauvinistischen Bedürfnissen und damit auch denen des Ententekapitalismus allzu sehr Rechnung getragen werden könnte, war keineswegs unbegründet. Besonders die nordamerikanische Delegation unter Compers' Führung ließ keine Gelegenheit vorbegehen, ohne den Versuch zu machen, mit selbstverständlichen Neben dem Kongreß davon zu überzeugen, daß das Heil der Arbeiterschaft der ganzen Welt in der Zukunft nur vom Wohlwollen der gegenwärtigen Machthaber in den Ententestaaten abhängt und daß deshalb der Kongreß nichts Unzweckmäßigeres tun könnte, als den Klassenkampfcharakter der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu sehr zu unterbrechen. Dieses harmonisierende Bestreben der Amerikaner trat bei verschiedenen Anlässen in Erscheinung. Besonnenheitsliebend ließ sich jedoch der Kongreß nicht nehmen, zugunsten der deutschen Kriegesgefangenen auf die Entente-regierungen einzuwirken. Vor allem aber nahm — wie u. a. auch die „Soziale Praxis“ in ihrer Berichterstattung mit Genugtuung hervorhob — die Debatte über die Fragen der internationalen Sozialpolitik einen durchaus andern Verlauf, als dem Amerikaner Compers und andern Vätern der diesbezüglichen Bestimmungen des Friedensvertrags lieb sein mochte. Zwischen dem auf der Berner Konferenz vereinbarten Programm und den sozialpolitischen Artikeln des Friedensvertrags bestehen wesentliche Unterschiede, und der Amsterdamer Kongreß lehnte es ab, sich mit einem Antrage Compers' zufriedenzugeben, der nur besagte, der Friedensvertrag bringe die Forderungen der Arbeiter „nicht vollkommen“ zum Ausdruck. Mit allen gegen 20 Stimmen (Amerikaner und Engländer) wurde eine Entschließung gefaßt, die behauptet, daß der Friedensvertrag in fast keinem Punkte den Berner Forderungen entspreche, und wie folgt ausklingt:

Angesichts der Tatsache, daß die Arbeiterklasse ihre Forderungen selbst feststelle, bekräftigt der internationale Kongreß von Amsterdam das Berner Programm und ruft alle internationalen Arbeiterbewegungen auf, dieses Programm vollständig und unmittelbar zu verwirklichen.

Die Besprechung der von der Entente geplanten Konferenz in Washington, an der Vertreter der Arbeiter, der Unternehmer und der Regierungen teilnehmen sollen, führte zur völligen Isolierung der englischen und amerikanischen Vertreter. Die betreffende Kommission hatte eine Resolution beantragt, in der neben andern Forderungen auch die der unbedingten gleichberechtigten Teilnahme aller Staaten verlangt wurde, andernfalls die dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Landeszentralen verpflichtet wurden, sich von der Konferenz fernzuhalten. Weder diese Resolution über die bedingte Teilnahme an der Washingtoner Konferenz, noch das unbedingte Festhalten am Berner sozialpolitischen Programm fanden die Zustimmung der amerikanischen und der englischen Delegierten, und es kam infolgedessen zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen Compers und Legien. Schließlich trat die Mehrheit des Kongresses dem Kommissionsvorschlage bei, die Mitarbeit an der Washingtoner Konferenz von folgenden Bedingungen abhängig zu machen:

1. daß zur Konferenz als gleichberechtigte Teilnehmer eingeladen und zugelassen werden die Vertreter der Gewerkschaftsbewegungen aller Länder ohne irgendwelche Ausnahmen.

2. daß als Vertreter der Arbeiterschaft die von dem Internationalen Gewerkschaftsbund angebotenen Landeszentralen bekanntgegebenen Delegierten anerkannt werden.

Su den wichtigsten Problemen, an deren Behandlung und Lösung die Arbeiterschaft aufs lebhafteste interessiert ist, wolle sie den Gang der Weltereignisse außerordentlich beeinflussen, nahm der Amsterdamer Kongreß ebenfalls Stellung. Gegen die Stimmen der angelsächsischen Vertreter trat die gewaltige Mehrheit des Kongresses ein: 1. für die Aufhebung der Blockade gegen Rußland und Ungarn; 2. für die Sozialisierung; 3. für den Völkerverbund, der auf dem Willen und der Mitwirkung aller Völker begründet sein muß. Wegen Raummangels sei hier nur die zur Sozialisierung angenommene Resolution im Wortlaute festgehalten:

Die Kommission ersucht den Kongreß, als seine Meinung kennbar zu machen, daß die vom Kriege verursachte wirtschaftliche Desorganisation entstanden ist aus der Machtlosigkeit des Kapitalismus, die Produktion demnach zu reorganisieren, daß sie dem Wohle der Volksmassen diene.

In Anerkennung der großen Arbeiten, welche durch die Aktion der Gewerkschaften für die Arbeiter im allgemeinen und für die Organisierten in besonderem Maße geleistet wurden, erklärt der Kongreß, daß es notwendig ist, daß die Bestrebungen des Proletariats aller Länder

gerichtet sind auf die Sozialisierung der Produktionsmittel, wobei zu erwähnen ist, daß die Gewerkschaften die vorangehende Bedingung sowie die Grundlage für die Verwirklichung der Sozialisierung sind.

Zu diesem Zwecke beauftragt der Kongreß das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes, alle Dokumente zu sammeln und fortwährend zu ergänzen, welche dazu beitragen können, auf dem laufenden zu bleiben über die erfolgte Sozialisierung der Produktionsmittel irgendeines Industriezweigs in jenen Ländern, wo bereits sozialisiert worden ist. Das Resultat ist zur Kenntnis der angeschlossenen gewerkschaftlichen Landeszentralen zu bringen.

Die Kommission ersucht den Kongreß jedoch, darauf hinzuwirken zu wollen, daß durch die Sozialisierung der Produktionsmittel das allgemeine und persönliche Wohl für alle und überall nur zu sichern ist bei einer normalen und wissenschaftlich organisierten und fortschreitenden Entwicklung der Produktion. Die Kommission ist der Meinung, daß nur dann eine Sozialisierung zweckdienlich und möglich sein wird.

Im Hinblick auf den Gesamtverlauf des Amsterdamer Internationalen Gewerkschaftskongresses darf gesagt werden, daß das Vordringen des gewerkschaftlichen Besten in der ganzen Welt gute Fortschritte macht. Wenn auch die Deutschen die formale Führung der internationalen Gewerkschaftsbewegung an die Ententegewerkschaften abtreten mußten, so hat der Kongreß doch gezeigt, daß in sachlicher Hinsicht die in Deutschland gepflegte Gewerkschaftsmethode führend bleiben wird. Ein norwegischer Delegierter drückte unter Überleitung eines prachtvollen Rosenarrangements in kostbarer Rede in wärmsten Worten dem Schöpfer der internationalen Gewerkschaftsbewegung seine Regien Dank und Anerkennung der Arbeiterschaft der drei nördlichen Länder aus mit dem Wunsche, daß sein Rat und seine Arbeitskraft auch fernerhin der Internationalen erhalten bleiben mögen. Der Vertreter der Holländer leitete die deutschen Gewerkschaften und Regien persönlich als die treuen Freunde der Arbeiterbewegung in kleinen und rüchständigen Ländern, um die es ohne Regiens uneigennütige und stets bereitwillige Hilfe vielfach noch sehr schlecht bestellt sein würde. Wenn Regien leider augenblicklich der Leitung der gewerkschaftlichen Internationalen auch nicht angehöre, so hoffe er doch, daß seine Mitarbeit die alte bleibe. Das Versprechen denn auch Regien in einer kurzen, mit großem Beifall aufgenommenen Antwort. Unter dem Eindrucke dieser äußerst wirkungsvollen Kundgebungen beendete der Amsterdamer Kongreß, auf dem die neue Gewerkschaftsinternationale ausgerichtet wurde, seine wichtigen Beratungen.

Die Washingtoner Arbeiterrechtskonferenz

Aus der Berichterstattung über den internationalen Gewerkschaftskongreß in Amsterdam vermögen unsre Leser die Art und die Wichtigkeit der demnächst in Washington tagenden, von der Regierung der Vereinigten Staaten einberufenen Konferenz zu erkennen. Schon in Amsterdam mußte damit gerechnet werden, daß von den Entente-regierungen der Versuch gemacht werden würde, einen Teil der europäischen Staaten, vor allem Deutschland und Österreich, von der Teilnahme an der Washingtoner Konferenz fernzuhalten. Das ist tatsächlich eingetreten. Die Vertreter der französischen, belgischen und englischen Gewerkschaften erlebten von ihren Regierungen Mitteilungen, die das internationale Gewerkschaftsbureau veranlassen, zur Entsendung von Vertretern nach Washington aufzufordern. Wegen der Zulassung der deutschen und österreichischen Vertreter stellte sich das Bureau auf den Standpunkt, daß die gestroffene Regierung, daß die betreffenden Delegierten nicht direkt eingeladen werden, sondern daß ihnen freigestellt wird, nach Amerika zu kommen, um von der Konferenz selbst zu erfahren, ob sie zugelassen werden, nur eine Formlosigkeit sei.

In Wirklichkeit ist das ganze Manöver der Entente-regierungen auf neue Demütigungen hinaus, die den Deutschen und Österreichern zugebracht waren. Der Notenwechsel zwischen den Entente-regierungen und der deutschen Regierung zeigte das noch deutlicher. Am die Teilnahme der eigenen und der neutralen Arbeitervertreter nicht zu gefährden, erklärten diesen die Regierungen Frankreichs, Belgiens und Englands, Deutschland würde eingeladen und zugelassen werden. Die Einladung aber und das Versprechen auf Zulassung blieben aus. Es war nicht einzusehen, weshalb eines der größten Industrievölker der Welt, das insbesondere auf dem Gebiete der Arbeiterschutzpolitik und der Sozialreform mehr geleistet hat als irgendein andres Volk, nicht ebenso behandelt werden sollte als andere Staaten. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes kam infolgedessen zu dem Ergebnisse, daß die Entsendung von Gewerkschaftsvertretern unter diesen Umständen sich von selbst versteht. Die deutschen Gewerkschaften konnten und durften ihre Vertreter nicht in die Lage versetzen, daß sie ohne jegliche Gewähr für eine gleichberechtigte Teilnahme an der Konferenz nach Amerika reisten und eventuell unverrichteter Dinge zurückkehren mußten, weil Arbeiterrechtsstaaten vom Range Stams, Kalls oder Liberias u. a. ihre Zulassung zur Konferenz verweigerten.

Auf eine weitere Note der deutschen Regierung an die amerikanische Regierung, in der nähere Informationen über die Teilnahme an der Arbeitskonferenz erbeten wurden, traf am 13. Oktober eine Antwort ein. Darin hieß es u. a.: „Im Hinblick auf die Dringlichkeit und Wichtigkeit der von der Konferenz zu beratenden Fragen ist der Oberste Rat der Meinung, daß die in der Anlage zur Völkerverbundfassung genannten Staaten, und zwar sowohl die Signatarmächte des Friedensvertrags wie die neutralen Staaten das Recht haben sollen, an der ersten Tagung der Konferenz von Anbeginn an teilzunehmen, ungeachtet dessen, daß der Völkerverbund technisch noch nicht ins Leben getreten ist. . . Gleichzeitig lehrt der Oberste Rat im Begriffe, der Organisationskommission der Arbeitskonferenz zu empfehlen, daß die Frage der Zulassung deutscher und österreichischer Delegierter zur vollberechtigten Teilnahme an der Konferenz als erster Punkt auf ihre Tagesordnung gesetzt werden möchte.“ Nunmehr legte die deutsche Regierung dem Bundesvorstande die Frage vor, ob die Stellung der Gewerkschaften sich auf Grund dieser neuen Mitteilungen modifiziere. Vom Vorstande des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wurde daraufhin beschlossen, nur dann Delegierte nach Washington zu entsenden, wenn die alliierten Regierungen die Zustimmung geben, daß die Delegierten Deutschlands als vollberechtigte Teilnehmer zur internationalen Arbeitskonferenz in Washington zugelassen werden.

Dem entsetzten Auftreten der Zentrale der deutschen Gewerkschaften war es zu danken, wenn sich die Situation durch weitere Verhandlungen insoweit klärte, daß sich die deutsche Regierung in Übereinstimmung mit der Zulassung des Gewerkschaftsbundes entschloß, Delegierte nach Washington zu entsenden. Außer den durch die Bestimmungen des Völkervertrags vorgesehenen zwei Regierungsvertretern sowie je einem Vertreter der Arbeiter und der Unternehmer gebührt der deutschen Delegation eine Anzahl Sachverständige an.

Der Beginn der Washingtoner Konferenz, der ursprünglich auf den 29. Oktober festgesetzt worden war, wird voraussichtlich um einige Tage verschoben werden, so daß die sich jetzt auf der Fahrt über den Ozean befindlichen deutschen Delegierten noch rechtzeitig zu Beginn der sachlichen Verhandlungen eintreffen werden. Als Vertreter der deutschen Arbeiter geht unser Kollege Peter Grammann in seiner Eigenschaft als stellvertretender Vorsitzender des Gewerkschaftsbundes mit nach Washington. Es ist ihm damit bald nach Antritt seines neuen Amtes eine Aufgabe gefallen, die ein außerordentliches Maß von Umsicht, Energie und sachlicher Klugheit erfordert zur Wahrung der sozialpolitischen Interessen der deutschen Arbeiterschaft. Wenn es sich — wie die „Leipziger Volkszeitung“ in ihrer bekannten Manier in die Welt hinausposaunte — um eine unternehmerfreundliche Tagung in Washington handelte, würde der Ententekapitalismus wohl nicht alle Hebel in Bewegung gesetzt haben, um Vertreter der deutschen Gewerkschaften davon fernzuhalten. Was in Washington verhandelt wird, läuft auf nichts Geringeres hinaus, als der Weltarbeitererzeugung die nötigen Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen. Diese Dinge gehen in erster Linie die Gewerkschaften an. Sie können und dürfen nicht warten, bis das internationale Proletariat in „direkter Aktion“ einmal dazu übergeht, dem Friedensvertrage von Versailles den Garau zu machen — wie das von rabulhafter Seite erträumt wird. Durch praktische Arbeit muß vielmehr von den Gewerkschaften versucht werden, nubdringend für die Arbeiterbewegung zu wirken. Erst wenn das Fundament gesichert ist, kann man Endziele erstreben. In diesem Sinne muß von den Gewerkschaften nicht nur auf der Washingtoner Arbeitskonferenz, sondern in der gesamten internationalen energievoll gearbeitet werden. Auf diese Weise sind von den Gewerkschaften eher Taten zu erwarten als von den politischen Parteien, auf deren Internationalen in einem späteren Artikel eingegangen werden soll.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Markstraße. Am 1. Oktober konnte Kollege Christian Weib sein 50jähriges Berufsjubiläum begehen. Der Jubilar, der am 1. Oktober 1869 in Stuttgart in die Lehre trat, ist seit 1905 ununterbrochen in der Druckerlei der „Badischen Presse“ beschäftigt. Aus Anlaß des Jubiläums war sein Arbeitsplatz mit Blumen geschmückt und zahlreiche Glückwünsche konnte Kollege Weib, der sich wegen seines allzeit freundlichen Wesens großer Beliebtheit erfreut, entgegennehmen. Auch der Ortsverein hatte eine Abordnung geschickt, die dem Jubilar unter Überreichung eines Blumengebindes die herzlichsten Glückwünsche der bliesigen Kollegenchaft überbrachte.

Koffbus. (Vierteljahrsbericht.) Die Versammlung am 26. Juli brachte uns einen interessanten Vortrag des Redakteurs Wendemuth über das Thema: „Der moderne Imperialismus“. Der Referent entledigte sich seiner Aufgabe in äußerst geschickter Weise. — In der außerordentlichen Versammlung am 19. August, wozu auch

die Hilfsarbeiter eingeladen waren, beschloß man sich hauptsächlich mit dem zur Tarifausübung von den Prinzipalen gestellten Antrag auf Lohnabbau. Eine Entschloßung verurteilte auf das schärfste das unzulässige Verhalten der Antragsteller. — Die beiden letzten Verammlungen am 6. und 25. September nahmen Kenntnis von den Beschlüssen der Tarifausübung und von dem Stand der Verhandlungen wegen Erhöhung der Feuerungszulage. Bezüglich der letzteren sind die Prinzipale sofort verständigt worden, daß die Gehälter auf die Anerkennung des am 1. Mai gegebenen Versprechens auf Gleichstellung mit Frankfurt a. d. O. zum 1. Oktober bestehen. Die längeren Verhandlungen brachten eine Einigung dahin, daß ab 1. Oktober eine Erhöhung auf 13 Mk. wöchentlich erfolgt, der volle Ausgleich jedoch bis zur endgültigen Festlegung des Lokalaufschlags zurückgestellt wird. Auf Eruchen des Personal der beiden sozialdemokratischen Druckerereien erfolgt dort schon ab 1. Oktober die volle Zahlung des erhöhten Lokalaufschlags.

Leipzig. (Schriftlichneider.) Die Vereinigung hielt am 18. September ihr Monatsversammlung ab. Vorsitzender Seife eröffnete die wiederum sehr gut besuchte Versammlung. Nach Verlesung der zahlreichen Eingänge stellte er mit, daß die Reichstagsverhandlungen leider noch nicht begonnen hätten, da die Prinzipale erst noch Ende des Monats eine Forderung für sich abhalten. Eine allgemeine Aussprache entwickelte sich über die unverändliche Beziehung zwischen dem Kollegen D. Arnold und der Zentralkommission. Dem Wunsche der Zentralkommission entsprechend, werden zwei Vertreter von uns in mündlicher Aussprache mit der Zentralkommission alle schwebenden Angelegenheiten regeln. Über die Tätigkeit der Bildungsgemeinschaft berichtete kurz Kollege Arnold und ermahnte zu reger Beteiligung an deren Veranstaltungen. Über die abgeänderten Statuten wurde einstweilen provisorisch abgestimmt. Zum Schluß nahm die Versammlung ebenfalls Stellung gegen die Tätigkeit einiger Kollegen als Seimarbeiter. Es wurde deren Ausschluß aus der Organisation beantragt.

München. (Maschinenscher.) Am 21. und 28. September befaßte sich die Maschinenlehervereinigung für Oberbayern u. a. auch mit dem Ergebnisse der letzten Tarifausübung. Es wurde dabei in erster Linie scharf verurteilt, daß das Inkrafttreten der neuen Feuerungszulagen erst auf den 1. Oktober festgelegt wurde. Die größte Erbitterung erregte die Ablehnung der Arbeitszeitverkürzung für die Maschinenlehler. Als Hauptgrund für diese Forderung wurde ins Feld geführt die infolge des langen Krieges heruntergekommene Gesundheit des größten Teiles der Maschinenlehler, die infolge der Kohlennot dieselbe eingeführte Gasperle während des Tages und die dadurch verursachte Verletzung der Arbeitszeit in die Nachstunden und die Verwendung von Erschöpfen (Blaugas) zur Beheizung der Sehmachinen, die schwere Gefährdung der Maschinenlehler mit sich bringe. Aus der Mitte der Versammlung wurde ein Antrag gestellt, eine Kommission zu wählen, die in Verbindung mit dem Ortsvorstande mit den Prinzipalen in Verbindung treten solle, um eine Herabsetzung der Arbeitszeit herbeizuführen. Nach langem Für und Wider wurde dieser Antrag jedoch vom Antragsteller wieder zurückgezogen und eine Entschloßung angenommen, in der zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Maschinenlehler ihre Ansicht über die Ablehnung der Arbeitszeitverkürzung aussprechen und die Zentralkommission aufsuchen, der Einberufung eines Maschinenleherkongresses nachzutreten.

Wien. (Eib.) Am 28. September tagte in Sebnitz, dem langjährigen Schmerzenshnde des Bezirks, die erste Bezirksversammlung nach dem großen Völkerringen. Konnte unsere Organisation früher dort sehr schwer Fuß fassen, so zählte der dortige junge Ortsverein zur Zeit 16 Mitglieder. Anwesend waren aus Pirna 21, Sebnitz 13, Neustadt 7, Königsfelden 3, Schandau 1 Kollege. Nach Begrüßung durch Kollegen Schulze (Sebnitz) eröffnete Bezirksvorsitzender Weg die Versammlung. In einstündigem Vortrage verbriefte sich alsdann unser Gauvorsitzender Wendische (Dresden) über die durch die Revolution neu geschaffenen Verhältnisse in der Republik Deutschland sowie über das finanzielle und ideale Ergebnis der letzten Tarifausübung. Hieran schloß sich ein Bericht des Gauverwalters Steinbrück (Dresden) über das Gelingen der Verbands-, Gau- und Dresdner Buchdruckervereinschaft. Die hierauf einlehnende lebhafteste Debatte wurde in durchaus sachlichem, aber bestimmtem Tone geführt. Scharfe Kritik wurde geübt an der Stellung der Feuerungszulage. Obwohl man die verantwortungsvolle Tätigkeit der Gehilfenvertreter anerkannte, wurde gewünscht, daß dieselben die Zustimmung zu einer abermaligen Benachteiligung der Provinzkollegen verlagen möchten. Als erwelen gelte, daß die Lebenshaltung in fast allen Orten unfers Bezirks ebenso teuer sei wie in den Großstädten. Wiederholt kam zum Ausdruck, daß auf das gefällige Wort vieler Provinzprinzipale: „Das Geschäft trägt es nicht“, nicht zu viel Gewicht zu legen sei. In dieser Beziehung sei eine Einbeziehung der Betriebsräte mit der Bezugnis zur Prüfung der Rentabilität nur zu begrüßen. Sollen wirklich keine bilanzunwürdigen Kollegen an verschiedenen Orten vorhanden sein, so könnten ja auch veredelte Bücherrevolutoren zugezogen werden. Mißbilligung fand auch die Hinausschiebung der Lokalaufschlagregelung bis 1. Januar 1920 sowie die Bezahlung der Feuerungszulage erst vom 1. Oktober ab. Während in anderen Betrieben heiliger Segend Entschloßungen und Nachzahlungen geleistet würden, lege man uns Buchdrucker bei einer Entlohnung von 80 bis 90 Mk. noch eine vierwöchige Wartepause auf. Im Schlußwort ermahnte Gauvorsitzender Wondische zu reger. Versammlungsbesuche, zur Ausnutzung der Rech. der Arbeiterausschüsse bei Ein-

stellungen, Entschloßungen usw. zum Verhalten an den Richtlinien des Nürnberger Gewerkschaftskongresses und zur Eingabe in die Gewerke trotz verchiedener politischer Ansichten. Seiner beifällig aufgenommenen Mahnung folgten noch kurze Berichte einiger Mitgliedschaften. Hieran schloß Vorsitzender Weg mit dem Ausdruck der Befriedigung über den sachlichen und schönen Verlauf der Tagung die Begrüßungsverammlung.

r. Stegen. Bei aufem Besuche sagte am 28. September unsere dritte diesjährige Bezirksversammlung am Vorort Stegen. Im Mittelpunkt der Tagesordnung stand der Vortrag des Kollegen W. Brecht über: „Rückblick auf die Tagung des Tarifauschusses“. Redner gab in seinen Ausführungen ein genaues Bild von dieser äußerst schwierigen Tagung und erzielte am Schluß reichen Beifall. Wenn auch das diesmalige Ergebnis noch nicht ausreiche, um die hauptsächlichsten Mittel zum Lebensunterhalte zu bestreiten, so stellen sich die Anwesenden doch auf den Standpunkt, daß unbedingt an der Tarifgemeinschaft festgehalten werden müsse. Die Tätigkeit der Gehilfenvertreter fand Anerkennung. Besonderen Dank sollte man Kollegen W. Brecht. Nach Vortrag der Abrechnung wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Zwei Neuaufnahmen konnten dem Gauvorstand empfohlen werden. Einige Erledigungen interner Sachen bildeten den Abschluß der anregend verlaufenen Versammlung. — Anschließend an die Tagung erfolgte die Ergründung des Kollegen Adolf Schumacher aus Anlaß seiner 25jährigen Zugehörigkeit zur Organisation. Bei Wort und Lied verließen die Stunden nur zu schnell. Sie werden den Anwesenden in angenehmer Erinnerung bleiben.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Nachahmenswertes Beispiel. Die v. Sternsche Buchdruckerlei in Lindeburg bewilligte dem Gesamtpersonal eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe im Betrage von 15000 Mark; die Summe gelangte an 42 Personen nach dem Gehaltszugehörigkeitsalter zur Verteilung. Schon im Mai d. J. wurde das Personal mit einer einmaligen Entschloßungsumme in Höhe eines Wochenlohns bedacht.

Buchdrucker in der Gemeindeverwaltung. Kollege Karl Focher wurde in Griesheim (bei Frankfurt a. M.) zum zweiten Bürgermeister gewählt.

Graphische Stiftung. Für die im Deutschen Museum für Buch und Schrift zu Leipzig bestehende Abteilung für Setzungenwesen hat der Senator der Dresdener Schriftgleherlei Butler, Hermann Butler, eine umfangreiche Sammlung von Zeitungen gestiftet, die für das Museum eine wertvolle Bereicherung darstellt. Die Sammlung erstreckt sich auf die gesamte Weltpresse und umfaßt Tausende von Belegexemplaren, darunter zahlreiche Blätter aus dem fernsten Osten, China, Japan usw. Interessant ist, daß die Sammlung nach Mitteilung des Herrn Butler mit Hilfe böhmischer Musikanten zustande gekommen ist, die die Blätter von ihren Fahrten in aller Herren Länder mitgebracht haben.

Ein einheitliches Reichsarbeitsgesetz. Reichskanzler Bauer hat bekanntlich in seiner letzten Rede vor der Nationalversammlung die Schaffung eines einheitlichen Reichsarbeitsgesetzes angekündigt. Inzwischen sind nun von der Reichsregierung für die Ausarbeitung dieses Gesetzes eine ganze Reihe von Unterausschüssen eingesetzt worden, die sich wie folgt gliedern: 1. Allgemeines Arbeitsvertragsrecht, einschließl. Berufsvereine der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber, 2. Arbeitsordnung, 3. Lohnbestimmungen (nur Vollstreckungsfragen), 4. Angestelltenvertragsrecht, 5. Öffentlich-rechtliche Vorschriften des Arbeitsvertrages (Vorkrisen), die rein öffentlich-rechtlicher Natur sind und deren Vollzug durch Strafvorschriften oder Arbeitsaufsicht gesichert wird), einschließl. Seimarbeiter und Kinderarbeit, 6. Behördenorganisation und Arbeitsgerichte, 7. Arbeitsvermittlung (Arbeitsnachweis), 8. Tarifvertragsrecht, 9. Koalition und Koalitionsrecht (angehören von dem unter Nr. 1 vorgelegenen Gebiete), Berufsvereine der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, 10. Lohnkämpfe, einschließl. Arbeits Einstellung, Aussperrung, Sperre, Schwarze Listen, Bonhof usw., 11. Eintragungswesen, 12. Bergwesen, 13. Landarbeiter und landwirtschaftliches Gefinde, 14. Recht der Hausangestellten, 15. Recht der Bühnengehörigen, 16. Beziehungen zum Beamtenrecht und Recht der Staatsarbeiter und der Staatsangestellten, 17. Sechsfabrik, Binnenschiffahrt, Fährerei und Fährerei. Zur Beratung der betreffenden Gebiete ist beabsichtigt, Sachverständige hinzuzuziehen. Bei dieser Gelegenheit möchten wir darauf hinweisen, daß bei der Ausarbeitung dieser grundlegenden Gesetzesvorlage für die rechtliche Stellung und Beurteilung der menschlichen Arbeitskraft im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft endlich mit den inwärtigen Begriffen „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“ aufgeräumt werden sollte. Der „Arbeitnehmer“ von heute, von dem es auch in der Zukunft nicht eine Arbeit, sondern er gibt keine Arbeitskraft als Arbeiter zur Herstellung von Gebrauchsgegenständen gegen eine entsprechende Bezahlung hin, während der „Arbeitgeber“ von gestern wie heute und morgen fremde Arbeitsleistungen für sich gegen Bezahlung in Anspruch nimmt. Man nenne also die Dinge beim richtigen Namen, und zwar Arbeiter und Unternehmer. Die Begriffe Arbeitnehmer und Arbeitgeber haben einen betrieblischen Belegdruck und stellen obendrein noch die tatsächlichen Verhältnisse auf den Kopf, indem sie den zum Nehmer stempeln, der da gibt, und den zum Geber, der da nimmt. Wenn Juristen sich mit dieser Sache nicht abzugeben vermögen, wohl sie noch allzu sehr in privatkapitalistischen Ideen verstrickt sind, so ist

das noch lange kein Grund, daß die Gesetzgeber der neuen Zeit diesen Anlaß ebenfalls mitmachen.

Allgemein verbindlicher Tarifvertrag in der Schuhindustrie. Der zwischen den Arbeitern und Unternehmerverbänden der Schuhindustrie abgeschlossene Reichsarbeitsvertrag ist vom Reichsarbeitsamt mit Wirkung vom 15. Oktober 1919 für allgemein verbindlich erklärt worden. Er hat damit allgemeine Gültigkeit und Rechtsirrtumlichkeit erlangt für sämtliche Betriebe der Schuhindustrie im Deutschen Reich, für Schuh-, Schäftefabriken und Leibbetriebe, und zwar ganz ohne Rücksicht darauf, ob es sich um Mitglieder eines der vertraglich bestehenden Verbände handelt oder nicht. Bei Nichterfüllung des Tarifvertrages kann nun der Klageweg mit dem ordentlichen Gerichten beschritten werden.

Gewerkschaft der Lokomotivführer. Der außerordentliche Verbandstag des Vereins deutscher Lokomotivführer hat beschlossen, durch Zusammenfassung aller bestehenden Lokomotivführerorganisationen eine Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer zu gründen. Einen Zusammenstoß mit dem Deutschen Eisenbahnerverbande hielt der Verbandstag nicht für zweckmäßig, weil zwischen den Arbeitern und den Beamten grundsätzliche Unterschiede in wirtschaftlicher und rechtlicher Beziehung bestehen, weshalb die Interessen der Arbeiter und Beamten nicht durch ein und dieselbe Organisation vertreten werden könnten. Es wurde jedoch betont, daß man keineswegs einen Gegenstoß zwischen Arbeitern und Beamten konstruieren wolle, daß die Gewerkschaft der Lokomotivführer in parteipolitischer Hinsicht Neutralität wahren, die Interessen ihrer Mitglieder mit den Mitteln des gewerkschaftlichen Kampfes vertreten und auch auf das Streikrecht nicht verzichten werde.

Die Geldquellen der Sozialisten. Im Dezember vorigen Jahres wurde als Inhaberschaftliche Gegenorganisation gegen den Deutschen Transportarbeiterverband ein Deutscher Seemannsbund gegründet. Der „Courier“, das Organ des Transportarbeiterverbandes, hat diesen Seemannsbund von Anfang an mit Entschloßung befehmt. Er hat nachgewiesen, daß die Hauptmacher dieses Bundes früher altdeutsche Kapitäne und Offiziere sowie früher gelbe Seeleute sind und daß seine Tätigkeit fortwährend Streiks und Unruhen lediglich den Feinden der deutschen Handelschiffahrt zugute kommt. Vor kurzem konnte das Organ des Transportarbeiterverbandes einen Schritt weitergeben und den Nachweis führen, daß dieser Seemannsbund direkt vom Auslande gekauft ist. Einer der Angestellten dieses Seemannsbundes, Jöhne, hat seine umfangreichen Untersuchungen damit einschloßend, daß der Verband selbst seine Mittel aus sehr frühen Geldquellen bezöge. Bei der winzigen Zahl der Mitglieder des Seemannsbundes, seiner rieligen Agitation, seinem wöchentlich erscheinenden Verbandsblatt und den andern hohen Ausgaben nahm man als sicher an, daß dieser Deutsche Seemannsbund russische und ungarische Bolschewikenruhr bezöge. Aber damit nicht genug. Der „Courier“ stellt öffentlich fest, daß dieser Deutsche Seemannsbund auch Jubiliärsunterstützungen aus englischen Geldquellen erhält und zum Beispiel Anfang August dieses Jahres durch Vermittlung des berühmten Savoloch Wilson in London 20000 Mk. erhalten und abgehoben hat. Savoloch Wilson ist als janzalischer englischer Chauvinist und wütender Deutscherfeind ebenso bekannt wie als skrupelloser persönlicher Charakter. Die kommunalistischen Macher des Deutschen Seemannsbundes nehmen also ausländisches Belegungsgeld, und noch dazu von einem Engländer, der seit Jahren Himmel und Hölle in Bewegung setzt, um die deutschen Seeleute zu ächten und broilos zu machen!

Bildung eines Reichswirtschaftsrats. Nach § 165 der Reichsverfassung soll ein Reichswirtschaftsparlament gebildet werden, dessen Umfang und Tätigkeit noch durch ein besonderes Gesetz festgelegt werden soll. Da jedoch dieses Gesetz noch fehlt, die wirtschaftlichen Zeit- und Streikfragen immer brennender werden, soll dem Reichswirtschaftsministerium ein vorläufiger Wirtschaftsrat beigegeben werden, der sich folgendermaßen zusammenstellt: Gruppe Industrie: 2 Vertreter des industriellen Unternehmertums, 2 Vertreter der industriellen Arbeiterschaft; Gruppe Handel: 1 Vertreter des Ein- und Auslandsverhandels, 1 Vertreter des Großhandels, 1 Vertreter der Grobhandlungsgesellschaft, 1 Vertreter der Arbeitnehmer des Ein- und Auslandsverhandels; Gruppe Landwirtschaft: 2 Vertreter der Landwirtschaft, 2 Vertreter der Landarbeiter; Gruppe Verbraucher: 1 Vertreter der Kommunalverwaltungen, 1 Vertreter der letzten Verbraucher. Für jeden Vertreter wird ein Stellvertreter bestimmt. Für die Beratung spezieller Fachfragen können Sachverständige aus dem bestenfallsen Spezialfache herangezogen werden. Der Wirtschaftsrat hat den Zweck, auf Grund selbständiger Beratung und Entschloßung die Willensäußerung der in ihm vertretenen Wirtschaftsklassen dem Reichswirtschaftsministerium gegenüber zum Ausdruck zu bringen. Ein beim Reichswirtschaftsministerium eingerichteter Diktatorischer Ausschuß hat alle wichtigen wirtschaftlichen Fragen der Ein- und Ausfuhr vor der Entschloßung dem Wirtschaftsrat zur Beratung und Entschloßung zu unterbreiten. Auch kann der Wirtschaftsrat aus eigener Entschloßung zu Fragen, die auf seinem Tätigkeitsgebiete liegen, Stellung nehmen und diese nach vorheriger Beratung mit dem Diktatorischen Ausschusse dem Reichswirtschaftsministerium unterbreiten. Selbst Abereinimmung zwischen dem Wirtschaftsrat und dem Diktatorischen Ausschusse, so bringt der Diktatorische Ausschuß den gemeinamen Beschluß vor den Herrn Minister, dem die letzte Entschloßung zusteht. Wird eine Abereinimmung zwischen dem Diktatorischen Ausschusse und dem Wirtschaftsrat nicht erzielt, so hat der Wirtschaftsrat das Recht, seinen Standpunkt dem Herrn Reichswirtschafts-

Minister unmittelbar vorzutragen, was auf Verlangen des Diktatorischen Ausschusses gemeinsam mit diesem zu geschehen hat. Bei Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Ausschusses ist die Ansicht der zu bezeichnenden Minderheit gleichfalls dem Diktatorischen Ausschusse mitzuteilen. In den offiziellen Sitzungen des Ausschusses nimmt eine Vertretung des Reichswirtschaftsministeriums teil. Der Diktatorische Ausschuss trägt dafür Sorge, daß das notwendige Material dem Reichswirtschaftsrat rechtzeitig zugeführt wird. Der Ausschuss wählt zur Leitung seiner Verhandlungen und Erledigung der rein geschäftlichen Angelegenheiten je einen Vorsitzenden von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite, die von dem Minister zu bestätigen sind. Etwa entstehende Kosten werden auf die im Ausschuss vertretenen Gruppen im Verhältnis ihrer Vertretung im Ausschuss verteilt. Der in den vorstehenden Richtlinien mehrfach genannte Diktatorische Ausschuss ist eine Körperschaft, die zu gleicher Zeit mit dem Reichswirtschaftsrat beim Reichswirtschaftsministerium errichtet ist und nur aus Vertretern des Reichswirtschaftsministeriums besteht. Die Tätigkeit des Reichswirtschaftsrats hat bereits begonnen. Die Entsendung der Vertreter der Industrie erfolgt durch die Zentralarbeitsgemeinschaft. Für Handel und Landwirtschaft, für die Arbeitsgemeinschaften im Entstehen begriffen sind, erfolgt die Entsendung der Vertreter bis auf weiteres durch die leitenden Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer dieser Gruppen. Die büreaumäßigen Arbeiten des Ausschusses werden im Bureau der Zentralarbeitsgemeinschaft Berlin SW 48, Wilhelmstraße 130 132, erledigt. An diese Adresse sind alle für den Ausschuss bestimmten Zuschriften zu richten.

Vom Klassenkampf um wirtschaftliche Gleichberechtigung. In der letzten Zeit mehren sich die Anzeichen, daß die Farbigen in Amerika fest entschlossen sind, mit allen Mitteln ihre volle Gleichberechtigung auf allen Gebieten durchzusetzen. Jetzt macht sich zum erstenmal ihr wirtschaftlicher Unternehmungsgestend. Im Staate

Delaware haben die Neger eine Dampfmaschinen-Gesellschaft "Schwarzer Stern" mit einem Kapital von 500 000 Dollars gegründet. Besitzer, Leiter und gesamte Bemannung bestehen aus Farbigen. Ware wird zunächst nur dann befördert, wenn sie von Negern hergestellt ist. Die Waren sollen nach Westindien, Zentralamerika, Südamerika ausgeführt werden. Jetzt lehnt nur noch, daß diese Negergesellschaft ihre wirtschaftliche Gleichberechtigung auf sozialistischer Grundlage durchzuführen bestrebt wäre, dann wäre der weißen Rasse in praktischer Weise vor Augen geführt, daß die „Wilden“ doch bessere Menschen sind.

Verschiedene Eingänge

- Schweizer Graphische Mittelungen. Monatschrift für das graphische Kunstgewerbe. 37. Jahrgang, Heft 9. September 1919. Redaktion und Herausgeber August Müller in El. Gatten.
- Freie Jugend. Von Georg Engelbert Graf. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, Berlin NW 6, Schillingenstraße 19. Preis 60 Pf.
- Praktische Weltanschauung. Von Rudolf Wiffel. Unterlagen zur Beurteilung einer fünfmonatigen Weltanschauungslehre. Preis 5 Mk. Verlag Gesellschaft und Erziehung, G. m. b. H., Berlin SW 48, Wilhelmstraße 9. Aus dem vorliegenden Buche Wiffels ergibt sich mit teller Deutlichkeit, was jeder, der die Reden Wiffels kennt, schon vorher wusste, daß die ihm gemachte Unterweisung, er wolle die Zwangswirtschaft der Kriegszeit erhalten, eine absolut falsche ist. Die Weltanschauung soll nur im Rahmen der durch die freie Selbstverwaltung gegebenen Befehle von gemeinwirtschaftlichen Rücksichten geteilt werden. Auch da, wo eine Sozialisierung nicht möglich ist. Seit dem Rücktritt Wiffels hat sich mehr wie je gezeigt, wie unmöglich eine freie Wirtschaft der Welt, wie sie vor dem Kriege bestand, ist. Mit Recht sagt Wiffel, daß die Zeit für seine Ideen laufe. Mag er Recht behalten oder nicht, er war der Vertreter eines solchen Planes; er wollte, was er wollte. Und was er wollte, ist nun in diesem Buch in zusammenhängender Form und Darstellung niedergelegt. Das Buch sollte an keiner Stelle fehlen, die sich mit wirtschaftlichen Fragen beschäftigen.
- Für alle Welt. 23. bis 26. Heft. 25. Jahrgang. Alle 14 Tage erscheint ein Heft zum Preise von 60 Pf. Zu beziehen durch das Deutsche Verlagshaus Börs & Co. in Berlin, Leipzig und Stuttgart.
- Der Geist der neuen Religionsverfassung. Von Dr. Quack. (13. Band der Sozialwissenschaftlichen Bibliothek.) Preis kart. 3 Mk., geb. 4.50 Mk. 1919. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68.

„Der Feind steht rechts! Arbeiter, seid einig!“ Zwei Reden von Philipp Scheubermann. (32 Seiten, Preis 40 Pf.) 1919. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68.

„Der Kaiser sagt...“ Nummer 10. 47. Jahrgang. Erscheint am ersten jeden Monats. Preis jährlich 4 Mk., Einzelnummer 35 Pf. Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Tempelhofer Ufer 22.

Briefkasten

M. B. in C.: Wenn es je etwas Verriichtet gegeben hat, dann ist es diese Anordnung der Bahnverwaltung. Da aber nicht zu ändern, erfolgt Einrichten auf „Übermännern“; das Schließen kommt dann von selbst. — A. B. in B.: Ihre Erwartung stützt sich auf den Brief in voriger Nummer, schon etwas erfüllt ist. Weiteres folgt jedenfalls in Nr. 128, da laut Mitteilung der „Zeitschrift“ noch Berichte ausstehen. — A. B. in Gainsdorf: Wenden Sie sich an die Zentralkommission der Malchinischer. Karl Bierack in Neuhöfen, Schubomastraße 27 IV. — C. A. in W.: 3 Mk.

Verbandsnachrichten
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamliploß 5 II.
Fernsprecher: Amt Aurfürst, Nr. 1191.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beauftragte Adresse):
Im Gau Ostpreußen die Geiger I. Hans Schwerinshil, geb. in Schwetznitz 1895, ausget. in Gdylbunnen 1914; 2. Paul Henschel, geb. in Wittenstein 1885, ausget. ab 1905; waren John Willigebler, — Walter Straupe in Königberg I. Dr., Forensenstraße 22 III.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

- Artikel: Internationale Arbeiterkongresse, I.
- Korrespondenzen: Karlsruhe. — Kolbus. — Leipzig (Schrein.). — München (W. S.). — Pirna. — Giegen.
- Anzeigen: Nachahmungsmerkmale Beispiel. — Buchdruck in der Gemeindeverwaltung. — Graphische Erziehung. — Ein einheitliches Reichsarbeitsgesetz. — Allgemein verbindlicher Tarifvertrag in der Schuhindustrie. — Gewerkschaft der Lokomotivführer. — Die Geldquellen der Gewerkschaften. — Bildung eines Reichswirtschaftsrats. — Vom Klassenkampf um wirtschaftliche Gleichberechtigung.

Die Verbandsgeschichte

muß ein jeder Kollege so in Besitz haben, um sie geistig jederzeit für die Organisationsarbeit der Gegenwart verwenden zu können.
Alt und jung hole Versäumtes nach!
Bestellungen bei den Vorständen.

Die Zeitschrift des Stenografenverbandes Stolze-Schrey schrieb: „Ein Vorzug des Systems Scheithauer muß unumwunden anerkannt werden: die leichte Erlernbarkeit! Die ungewöhnliche, geradezu auf der Hand liegende Einfachheit des Systems Scheithauer...“ — Ferdinand Schrey (Ordnung von Stolze-Schrey) urteilt („Neuwacht“ 2/19): „Wir dürfen uns doch nicht verhehlen, daß es nicht so sehr leicht ist, unser System Stolze-Schrey richtig zu schreiben. Ich erhalte täglich viele Tutzende von Zuschriften in unserm System, zum großen Teil von Schülern, fehlerfrei sind wenige darunter!“ — Vom System Scheithauer sagt Herr Schrey („Neuwacht“ 1/19), daß es — doch nicht nur als Durchschnitt, sondern auch als Höchstleistung mindestens das gleiche leistet wie das System Obelsberger!“ — Darum verlangt Ferdinand Schrey ausdrücklich, daß die Stenografie Stolze-Schrey vereinfacht werde, damit sie künftig so einfach sei wie jetzt das System Scheithauer ist. — Selbstlehrbuch der Stenografie Scheithauer 2 Mk. Die Stenografie Scheithauer besteht aus 42 Zeichen, mit denen ausnahmslos jeder gesprochenste Laut der Sprache geschrieben wird, 4mal schneller als in Gemeinsschrift, wie auf der Schreibmaschine: mit 2 oder 3 Ausfertigungen.

Karl Scheithauers Verlag, Postcheck 52072, Leipzig-Lindenau.

H. Gloy

Gedächtnis-Ausbildung

Wenn Sie durch zwei bis drei Monate solchen Studiums einen großen Schritt im Leben vorwärtskommen wollen, so verlangen Sie kostenlos Zusendung unseres ausführlichen Prospektes 8 123 über „Gedächtnis-Ausbildung“. Langenscheidtsche Verlagsgesellschaft (Prof. G. Langenscheidt), Berlin-Schöneberg, (Weg. 1886.)

Maschinenmeister

Mülller, erfahrener Farben- und Katalogdrucker, zum baldigen Eintritt gesucht. Angebote mit nähere Angaben über bisherige Tätigkeit, des Alters usw. erbeten. W. Grunewald, Bornum.

Ein tüchtiger
Akzidenzsetzer
welcher die moderne Richtung bevorzugt, gesucht. Einweisung von selbstgelehrten Arbeiten und Zeugnissen erforderlich.
Johs. Strögers Buchdruckerei, Bismarckstraße bei Hamburg.

Tüchtige
Typographen
(Möbel A.) für dauernde Stellung sofort gesucht.
„Wöllinger Zeitung“, Wöllinger.

Typographen
(U) zum sofortigen Eintritt gesucht.
„Ostfriesische Zeitung“, G. m. b. H., Osterode (Ostpr.).

Rotationsmaschinenmeister
für 16teilige A. & B. Maschine nach Bayern gesucht. Offerten mit Zeugnisauszügen, Alter und Lohnansprüche unter Nr. 813 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Zweiter
Monotypsetzer
zum baldigen Eintritt gesucht. Angebote mit Lohnforderung erbeten.
Buchdruckerei der Vereinigung wissenschaftlicher Verleger, Trebbin (Strelitz-Tellow).

Jünger, strebsamer
Schrieffeher
sucht sofort oder später Stellung, eventuell dort, wo er sich an der

Schneidmaschinenausbildner
hann. Ges. Angebote unter A. K. an Joh. Mittel, Schreibergasse im Kleinen Gebirge, Weßbachtal, erbeten.

Jünger
Schrieffeher
19½ Jahre alt, sucht sofort oder später dauernde Stellung. Offerten sind zu richten an Joseph Reib, Rumbachstraße 1, Schil., Streppelbühlstraße 22.

Kriegsbeschädigter
Schrieffeher
20½ Jahre alt, tüchtig in allen Sabarten, sucht als solcher oder auch als Schweizerdegen auf 15. November Stellung in Baden oder Südbadland. Angebote unter Nr. 814 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Schweizerdegen
33 Jahre alt, der die Arbeiten einer kleinen Druckerlei beherrscht, sucht anderswo Kondition. Offerten erbeten G. Zahner, Erdmannstadt (Bayern).

Die Stellen sind besetzt!
Den zahlreichen Bewerbern besten Dank für ihre Bemühungen.
Buchdruckerei Julius Bergas, Schleswig.

Neuerschienene Preisliste
verfassen gratis und franko (679) M. Wöhl, Fachschriften-Verlag, Leipzig, Leipziger-Str. 10, Papiermühlstraße 5.

Berliner Korrektorenverein
Samstag, den 9. November, abends 7 Uhr, im „Graphischen Vereinshaus“, Alexanderstraße 44: [81]

Verammlung
Tagesordnung: 1. Neuaufnahmen. 2. Vortrag des Herrn Dr. Franz Diederich über „Gottfried Keller“. 3. Vereinsmitteilungen, 4. Berichtsbekannt. Zahlreichen Besuch erwartet.
Der Vorstand.

Typographische Vereinigung Berlin
Montag, 3. November, abends 8 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Obmühle 2:

Verammlung
1. „Ägyptische Kunst“. Bildnisvortrag von Dr. Schöde. 2. Ausstellung und Besprechung von Zeitungsinserten. 3. Vänge und Berichtsbekannt.

Maschinenband
Friedensqualität, liefern
Dezner & Moll,
Wilmersdorf, Graf-Adolf-Str. 112.

Zurichsemeier und Scheren
Nähmaschinen und Plättchen sowie alle Werkzeuge für Seher und Drucker empfiehlt
A. Siegl, München 9, Kolonnenstraße 1. Katalog 25 Pf.

Wie soll ich zurichten?“
Ein vollständiges Handbuch der Zurichtung in allen Druckerarten auf Schindlerpresse u. Siegel. 112 S., 22 Abb., 20 Taf. a. Stahl- und Kupferdruck, geb. postfrei 2,30 Mk.; ferner

Der Buchdrucker am A-B-G
Ein Ratgeber z. Einstellung des Unterzugs-Bogenführers auf alle Papierarten; 93 S., Oktav, 55 Abb., geb. 1,70 Mk. postfrei geg. Voreinsendung. ob. Nachn. v. Berl. M. Kersch, Staliger, Rudolphstraße 20.

Zeugnis-Schriften
1 Seite (bis 40 Zeilen a 70 Buchstaben) 10mal 4,30 Mk. (Nachnahme 4,85 Mk.) liefert postwendend 1667
Schreibstube Neuhans, Querfurt.

Alle November erscheint der
Deutsche Buchdrucker-Kalender 1920
Noch ausstehende Bestellungen wollen man umgehend an unsere Geschäftsstelle einlösenden, da ein Nachdruck der hohen Herstellungskosten wegen nicht angefertigt werden kann. Der Preis beträgt postfrei 1,75 Mark.
Verband der Deutschen Typographischen Gesellschaften
Leipzig, Salomonstraße 8
Postfachkonto Nr. 53 430

Leipzig?
Schriftseher Markus Schütze
welcher in der Müllerdrukerlei in Lublin war, wird um seine Adresse dringend gebeten [818]
Karl Schaeffer in Leipzig, Salomonstraße 8, Leipzig.
Am 18. Oktober verstarb unser langjähriger, lieber Mitarbeiter, der Schriftseher [815]
Otto Sauerwelt
im Alter von 58 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm alle!
Die Kollegen des „Berliner Tagesblattes“.

Teilzahlung
Uhren, Photoartikel, Musikinstrumente, Schmuckwaren, Bücher.
Katalog umsonst z. portofreier Besten
Jonass & Co., Berlin A. 407
Belle-Alliance-Strasse 7-10.